

Ressort: Finanzen

Mehrheit für Milliardenhilfe wegen Hitzeschäden

Berlin, 05.08.2018, 00:10 Uhr

GDN - Eine Mehrheit der Deutschen findet die Forderung des Bauernverbandes nach einer Hilfezahlung in Höhe von einer Milliarde Euro für die Landwirte wegen Ernteaussfällen berechtigt. 60 Prozent denken, dass Bund und Länder den Landwirten mit Steuergeldern helfen sollten.

32 Prozent lehnen das ab, so eine Umfrage des Meinungsforschungsinstituts Emnid für "Bild am Sonntag". Während aus Ostdeutschland 74 Prozent der Befragten der Hilfe für betroffene Landwirte zustimmen, sind es im Westen 54 Prozent. Besonders in den von Ernteaussfällen stark betroffenen Bundesländern wie Mecklenburg-Vorpommern, Brandenburg und Sachsen-Anhalt, sprechen sich die Menschen für die Milliardenhilfe aus (86 Prozent). Der Präsident des Deutschen Bauernverbandes, Joachim Rukwied, sagte der "Bild am Sonntag": "Nach den uns vorliegenden Meldungen aus den Landesbauernverbänden und der ersten Schätzung des Statistischen Bundesamtes sind die Voraussetzungen für Finanzhilfen durch die Länder in den besonders betroffenen Regionen klar erfüllt." Der nordrhein-westfälische Ministerpräsident Armin Laschet (CDU) versprach den Landwirten gegenüber "Bild am Sonntag" unbürokratische Hilfe: "Brachflächen können zur Futterernte genutzt werden und je nach Einzelfall stunden unsere Finanzämter Steuern, wenn große Probleme aus der Dürre folgen." Laschet betonte aber auch, dass es staatliche Direkthilfen, wie vom Bauernverband gefordert, "nur bei extremen Ausnahmesituationen und bei Existenzgefährdungen" geben könne. Der frühere Umweltminister Klaus Töpfer (CDU) hält eine Veränderung der Lebensgewohnheiten angesichts des Klimawandels für dringend notwendig: "Wir müssen unser eigenes Verhalten anpassen. Es kann nicht sein, dass wir mit den dicksten Autos durch die Weltgeschichte fahren und damit das Klima noch stärker belasten." Auch müsse man anders mit Lebensmitteln umgehen: "Mehr als 10 Millionen Tonnen davon landen in Deutschland jährlich im Abfall. Das sind massive CO2-Emissionen, die vermeidbar wären." Nicht zuletzt gehörten die Essgewohnheiten überdacht: "Wir sollten schon einmal darüber nachdenken, wie wir unseren Fleischkonsum verringern können", sagte Töpfer. "Niemand darf sagen: Das geht mich alles nicht an, das muss der Staat machen. Der Staat ist die Summe seiner Bürger!" Auf politischer Ebene forderte Töpfer, "dass jede Kabinettsvorlage einen Zusatz hat, welche Auswirkungen sie auf das Klima hat und wie schädliche Folgen begrenzt werden können." Für die Umfrage hat Emnid am 2. August 507 Personen befragt. Frage "Sollen Bund und Länder Landwirten mit einer Milliarde Euro aus Steuergeldern helfen?"

Bericht online:

<https://www.germandailynews.com/bericht-109781/mehrheit-fuer-milliardenhilfe-wegen-hitzaeschaeden.html>

Redaktion und Verantwortlichkeit:

V.i.S.d.P. und gem. § 6 MDStV:

Haftungsausschluss:

Der Herausgeber übernimmt keine Haftung für die Richtigkeit oder Vollständigkeit der veröffentlichten Meldung, sondern stellt lediglich den Speicherplatz für die Bereitstellung und den Zugriff auf Inhalte Dritter zur Verfügung. Für den Inhalt der Meldung ist der allein jeweilige Autor verantwortlich.

Editorial program service of General News Agency:

United Press Association, Inc.
3651 Lindell Road, Suite D168
Las Vegas, NV 89103, USA
(702) 943.0321 Local

(702) 943.0233 Facsimile
info@unitedpressassociation.org
info@gna24.com
www.gna24.com